



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Bildungs-, Kultur- und Sportkommission  
vom: 19. August 2014  
zur Vorlage Nr.: [2014-093](#)  
Titel: **Bericht zu den Motionen [2012-353](#) von Landrat Michael Herrmann, FDP-Fraktion: "Massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende" und [2012-356](#) von Landrat Paul Wenger, SVP-Fraktion: "Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel"**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



2014/093

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

## **Bericht der Bildungs-, Kultur- und Sportkommission an den Landrat**

betreffend Bericht zu den Motionen [2012-353](#) von Landrat Michael Herrmann, FDP-Fraktion: „Massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende“ und [2012-356](#) von Landrat Paul Wenger, SVP-Fraktion: „Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel“

vom 19. August 2014

### **1. Ausgangslage**

Beide Motionen wurden am 29. November 2012, zu Beginn der Verhandlungen zum Globalbeitrag und Leistungsauftrag 2014–2017 für die Universität Basel, eingereicht. Sowohl Michael Herrmann als auch Paul Wenger fordern darin eine Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel. Der Regierungsrat wird beauftragt, darauf hinzuwirken, dass die Studiengebühren für ausländische Studierende erhöht werden. Laut Motion [2012/353](#) ist eine moderate Erhöhung zu veranlassen, und die Mehreinnahmen sollen zugunsten der Beiträge der Trägerkantone erfolgen. Die Motion [2012/356](#) fordert konkret eine Erhöhung der heute für sämtliche Studierende gültigen Studiengebühren von CHF 1'400 für Bildungsausländer auf CHF 4'000 pro Jahr und gleichzeitig eine Anhebung für Schweizer Studierende auf jährlich CHF 2'000.

In ihrer [Vorlage](#) vom 25. März 2014 beantragt die Regierung, die beiden Vorstösse abzuschreiben. Eine generelle Erhöhung der Studiengebühren wurde zwischenzeitlich vom Universitätsrat ab Herbstsemester 2014 beschlossen. Es wird in der Vorlage ausführlich begründet, warum auf eine spezifische Erhöhung der Gebühren für ausländische Studierende verzichtet werden soll.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

### **2. Kommissionsberatung**

#### **2.1. Organisatorisches**

Die Vorlage wurde von der Kommission an zwei Sitzungen, am 5. und am 19. Juni 2014, im Beisein von Regierungspräsident Urs Wüthrich und Roland Plattner, Generalsekretär BKSD, beraten. An der ersten Sitzung wurde die Vorlage durch Jacqueline Weber, Stab Hochschulen BKSD, vorgestellt.

#### **2.2. Eintreten**

Eintreten auf die Vorlage war unbestritten.

#### **2.3. Beratung**

Entgegen der regierungsrätlichen Stellungnahme fand die Forderung nach einer Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende in der Kommission eine knappe Mehrheit. Mehrheitlich positiv würdigte die Kommission die erfolgreichen Bemühungen des Regierungsrats für

eine generelle Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel. Gemäss Beschluss des Universitätsrates wird diese per Herbstsemester 2014 eingeführt.

Aus der Kommission wird angeführt, es sei eine Daueraufgabe der Regierung, sich generell für höhere Studienbeiträge einzusetzen. Der Bildungsdirektor argumentiert, dass nach Abschaffung der Studiengebühren in Baden-Württemberg dort bereits erste Tendenzen festzustellen seien, von einem Studium in Basel abzusehen. Laut Staatsvertrag müssten die Studiengebühren zudem so bemessen sein, dass sie sozialverträglich sind. Von einem Kommissionsmitglied wird eingebracht, der Regierungsrat habe im Spannungsfeld der Forderungen nach höheren Studiengebühren und Tendenzen zu deren gänzlicher Abschaffung getan, was in seiner Macht stehe.

In der Diskussion wurde zudem die Problematik erwähnt, welche durch die Annahme der Masseneinwanderungsinitiative entstanden ist. Die Schweiz stehe in Bezug auf verschiedene Forschungsprogramme etwas isoliert da.

Dass mit der vom Universitätsrat genehmigten Gebührenerhöhung ab Herbstsemester 2014 ein Teilerfolg erreicht werden konnte, wurde allgemein anerkannt. Eine grosse Mehrheit der Kommission stimmte der Abschreibung der Motion [2012/356](#) zu.

Mehrheitlich nicht einverstanden erklärte sich die Kommission mit der Abschreibung der Motion [2012/353](#). Bemängelt wurde, dass mit der neuen Gebührenerhöhung alle Studierenden herangezogen würden. Anliegen der Motion war es aber, gezielt die ausländischen Studierenden stärker zu belasten. Diesbezüglich sei eine massvolle Erhöhung anzustreben.

### **3. Antrag an den Landrat**

Die Bildungs-, Kultur- und Sportkommission empfiehlt dem Landrat mit 4:6 Stimmen bei einer Enthaltung, die Motion [2012/353](#) nicht abzuschreiben und stehen zu lassen. Die Motion [2012/356](#) wird mit 10:1 Stimmen ohne Enthaltung zur Abschreibung empfohlen.

19. August 2014

Paul Wenger  
Präsident Bildungs-, Kultur- und Sportkommission

**Beilage:**      veränderter Entwurf des Landratsbeschlusses

Entwurf (verändert)

## Landratsbeschluss

betreffend Bericht zu den Motionen [2012-353](#) von Landrat Michael Herrmann, FDP-Fraktion: „Massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende“ und [2012-356](#) von Landrat Paul Wenger, SVP-Fraktion: „Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel“

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Motion [2012-353](#) von Landrat Michael Herrmann, FDP-Fraktion: „Massvolle Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende“ wird stehen gelassen.
2. Die Motion [2012-356](#) von Landrat Paul Wenger, SVP-Fraktion: „Erhöhung der Studiengebühren an der Universität Basel“ wird abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrates

die Präsidentin:

der Landschreiber: